

Arbeitsgemeinschaft Wasserkraft

Von: info@scheerer-fdp.de
Gesendet: Samstag, 27. Februar 2021 14:46
An: 'Arbeitsgemeinschaft Wasserkraft'
Betreff: AW: Arbeitsgemeinschaft Wasserkraftwerke BW e.V. - Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Baden-Württemberg 2021

Sehr geehrte Frau Neff, sehr geehrter Herr Dr. Berg,

vielen Dank für die Zusendung Ihres Fragebogens zu meinen wasserkraftpolitischen Vorstellungen als FDP Landtagskandidat. Die Wasserkraft, als regenerative Energiequelle, ist ein wichtiger Baustein der von uns unterstützten Energiewende. Uns als FDP ist dabei wichtig, daß alle Technologien zur regenerativen Energieerzeugung gleichberechtigt im Wettbewerb stehen. Als Instrument zur Umsetzung der Pariser Klimaziele setze ich mich für die Umsetzung des Emissionshandels ein. Im Folgenden möchte ich Ihnen die energiepolitischen Ziele der FDP darlegen:

Die FDP unterstützt die energiepolitischen Ziele der Pariser Klimakonferenz ausdrücklich. Um diese Ziele in der notwendigen Zeit erreichen zu können, müssen die möglichen Maßnahmen nach Effizienz und zeitlicher Wirkung priorisiert werden. Der Umstieg von einer fossil dominierten Energieversorgung zu den erneuerbaren Energien wird die Bedeutung und Rolle der Stromversorgung verstärken. Die Stromversorgung gehört zu den kritischen Infrastrukturen, deren Ausfall oder Beeinträchtigung dramatische Folgen hat. Ihre Systemrelevanz steigt mit der Erweiterung der Stromanwendungen im Bereich Mobilität und Kommunikation. Die Energieversorgung ist auch ein entscheidender Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland. Die Versorgungssicherheit und die Wirtschaftlichkeit der Stromversorgung bilden mit dem Umweltschutz ein gleichgewichtiges Zieldreieck. Insbesondere die hohen volkswirtschaftlichen Folgekosten der Pandemie erhöhen die Bedeutung von Wirtschaftlichkeit und Effizienz. Sämtliche gesellschaftlich akzeptierten Technologien und Energieträger müssen daher die Chance bekommen, sich marktwirtschaftlich behaupten zu können und eine sichere Energieversorgung zu gewährleisten. Dabei müssen alle Technologien gleichermaßen volkswirtschaftlich betrachtet werden und der komplette Prozess von der Wiege bis zur Bahre, also von der Rohstoffgewinnung über den Betrieb bis zu Entsorgung und Recycling berücksichtigt werden.

Der Emissionshandel mit klar definierten Emissionsobergrenzen (Cap and Trade) hat sich als erfolgreiches Instrument bewährt. Die Treibhausgasemissionen sind in Deutschland in den letzten Jahren praktisch nur im Stromsektor zurückgegangen, und viele Studien (z.B. von Agora Energiewende) bestätigen den Emissionshandel als Hauptursache. Er muss weiterentwickelt und auf alle Energiesektoren ausgeweitet werden, um einen fairen Wettbewerb der Ideen zu erreichen und auch heute noch gar nicht bekannten Ansätzen eine Chance geben zu können. Dann kann die kleinteilige und kostspielige Förderung spezifischer Technologien (wie z.B. mit dem EEG) deutlich reduziert werden. Als globales Klimaschutzinstrument müssen weitere internationale Kooperationspartner hinzugewonnen werden.

Wir werden:

- die Energieberatung vor Ort fördern und die Weiterbildung von Ingenieuren und Handwerksbetrieben in der Energie- und Gebäudeautomation stärken.
- eine Energiewende gestalten, in die jede Region ihre Stärken und nicht ihre Schwächen einbringt. So gehören z.B. Windenergieanlagen nicht in windschwache Gebiete.
- bei der Windkraft einen planerischen Vorsorgeabstand von 1.500 Metern zur Wohnbebauung, die Rückkehr zur Schwarz-Weiß-Planung im Landesplanungsgesetz sowie Ausschlusskriterien im zu überarbeitenden Landesentwicklungsplan nach rheinland-pfälzischem Vorbild anstreben.
- das Erneuerbare-Wärme-Gesetz Baden-Württemberg (EWärmeG) abschaffen. Es hat zu einem Sanierungsstau geführt. Weil der bürokratische Zwang zur umfangreichen Nutzung von erneuerbaren Energien den Umstieg auf einen effizienten Heizkessel unnötig verteuert, bleiben sinnvolle Modernisierungen aus.
- die Möglichkeit kommunaler Anschlusszwänge für leitungsgebundene Wärmeversorgung aus der Gemeindeordnung streichen. Die Kraft-Wärme-Kopplung bietet zwar in Verbindung mit Nah- und Fernwärmenetzen große Chancen. Sie muss sich aber durch Wirtschaftlichkeit durchsetzen und nicht durch Beseitigung jeglichen Wettbewerbs.
- Fördermittel des Landes auf die Forschung und Entwicklung von Energieeffizienz und Speichertechnologien konzentrieren, während sich der Ausbau erneuerbarer Energien nach Jahren der Subventionen nun Stück für Stück selbst tragen muss.
- die Interessen von Energieerzeugung, Anwohnern und Natur besser in Einklang bringen.
- den Ausbau der Nord-Süd-Stromtrassen beschleunigen und forcieren. Das Land Baden-Württemberg soll hier als Antriebsmotor handeln und in Kooperation mit anderen Bundesländern den schnellen Ausbau vorantreiben. Ebenso müssen die transnationalen Transportwege für Strom innerhalb der EU ausgebaut und verbessert werden. Das Land soll hier mit Bundesratsinitiativen Impulse in Richtung eines gesamteuropäischen Strommarktes setzen.

Mit freundlichen Grüßen

Mit freundlichen Grüßen

Hans Dieter Scheerer
Landtagskandidat für den Wahlkreis Leonberg/Herrnberg
Kreisvorsitzender
Regionalrat der Region Stuttgart
Stadtrat der Stadt Weil der Stadt



FDP Kreisverband Böblingen
Stadtgrabenstraße 5
71032 Böblingen
Tel. 07031/2861635
Fax: 07031/2861636
Tel. 07033/694578-40

Von: Arbeitsgemeinschaft Wasserkraft <julia.neff@wasserkraft.org>

Gesendet: Samstag, 30. Januar 2021 22:20

An: info@scheerer-fdp.de

Betreff: Arbeitsgemeinschaft Wasserkraftwerke BW e.V. - Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Baden-Württemberg 2021

Sehr geehrter Herr Hans Dieter Scheerer,

zur Landtagswahl in Baden-Württemberg 2021 möchten wir unsere Mitglieder und die LeserInnen unserer Publikationen über die wasserkraftpolitischen Vorstellungen der Landtagskandidaten informieren. Dieses Schreiben geht an Kandidaten von Grüne, CDU, SPD, FDP, die Linke und AfD.

Bitte beantworten Sie uns die nachfolgenden Fragen bis zum **21.02.2021**.

Ihre Antworten bzw. eine Auswertung der Befragung werden wir der Presse zur Verfügung stellen und sowohl auf unserer Homepage www.wasserkraft.org als auch unseren Mitgliedern bekannt machen. Für über 500 AWK-Mitglieder, ihre Familien und MitarbeiterInnen, Natur- und KlimaschützerInnen und andere an gutem Wassermanagement Interessierten können Ihre Antworten zur Wahlentscheidung beitragen.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen und bleiben Sie gesund
Julia Neff

Tel.: 07456 / 2 64 04 60
Fax: 07456 / 49 99 53 09
Mobil: 0176 / 63 04 73 68



Geschäftsführerin Julia Neff
Schulstraße 1
D-72221 Oberschwandorf
www.wasserkraft.org

FDP Kreisverband Böblingen – Stadtgrabenstraße 5 – 71032 Böblingen

AWK BW
Julia Neff
Schulstraße 1
72221 Oberschwandorf

Per E-Mail: julia.neff@wasserkraft.org

Böblingen, 17.02.2021

Unser Zeichen: HDS/st

Hans Dieter Scheerer
Kreisvorsitzender

scheerer@fdp-boeblingen.de

Ihre Anfrage vom 29.01.2021

Sehr geehrte Frau Neff,
sehr geehrter Herr Dr. Berg,

vielen Dank für die Zusendung Ihres Fragebogens zu meinen wasserkraftpolitischen Vorstellungen als FDP-Landtagskandidat. Die Wasserkraft als regenerative Energiequelle ist ein wichtiger Baustein der von uns unterstützten Energiewende. Uns als FDP ist dabei wichtig, dass alle Technologien zur regenerativen Energieerzeugung gleichberechtigt im Wettbewerb stehen. Als Instrument zur Umsetzung der Pariser Klimaziele setze ich mich für die Umsetzung des Emissionshandels ein.

Im Folgenden möchte ich Ihnen die energiepolitischen Ziele der FDP darlegen:

Die FDP unterstützt die energiepolitischen Ziele der Pariser Klimakonferenz ausdrücklich. Um diese Ziele in der notwendigen Zeit erreichen zu können, müssen die möglichen Maßnahmen nach Effizienz und zeitlicher Wirkung priorisiert werden. Der Umstieg von einer fossil dominierten Energieversorgung zu den erneuerbaren Energien wird die Bedeutung und Rolle der Stromversorgung verstärken.

Die Stromversorgung gehört zu den kritischen Infrastrukturen, deren Ausfall oder Beeinträchtigung dramatische Folgen hat. Ihre Systemrelevanz steigt mit der Erweiterung der Stromanwendungen im Bereich Mobilität und Kommunikation. Die Energieversorgung ist auch ein entscheidender Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland. Die Versorgungssicherheit und die Wirtschaftlichkeit der Stromversorgung bilden mit dem Umweltschutz ein gleichgewichtiges Zieldreieck.

Insbesondere die hohen volkswirtschaftlichen Folgekosten der Pandemie erhöhen die Bedeutung von Wirtschaftlichkeit und Effizienz. Sämtliche

gesellschaftlich akzeptierten Technologien und Energieträger müssen daher die Chance bekommen, sich marktwirtschaftlich behaupten zu können und eine sichere Energieversorgung zu gewährleisten. Dabei müssen alle Technologien gleichermaßen volkswirtschaftlich betrachtet werden und der komplette Prozess von der Wiege bis zur Bahre, also von der Rohstoffgewinnung über den Betrieb bis zu Entsorgung und Recycling berücksichtigt werden.

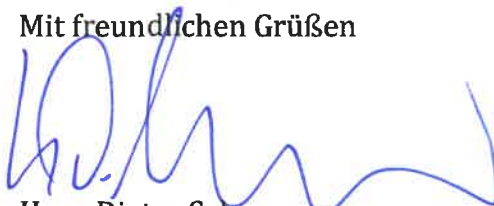
Der Emissionshandel mit klar definierten Emissionsobergrenzen (Cap and Trade) hat sich als erfolgreiches Instrument bewährt. Die Treibhausgasemissionen sind in Deutschland in den letzten Jahren praktisch nur im Stromsektor zurückgegangen, und viele Studien (z.B. von Agora Energiewende) bestätigen den Emissionshandel als Hauptursache. Er muss weiterentwickelt und auf alle Energiesektoren ausgeweitet werden, um einen fairen Wettbewerb der Ideen zu erreichen und auch heute noch gar nicht bekannten Ansätzen eine Chance geben zu können. Dann kann die kleinteilige und kostspielige Förderung spezifischer Technologien (wie z.B. mit dem EEG) deutlich reduziert werden. Als globales Klimaschutzinstrument müssen weitere internationale Kooperationspartner hinzugewonnen werden.

Wir werden:

- die Energieberatung vor Ort fördern und die Weiterbildung von Ingenieuren und Handwerksbetrieben in der Energie- und Gebäudeautomation stärken.
- eine Energiewende gestalten, in die jede Region ihre Stärken und nicht ihre Schwächen einbringt. So gehören z.B. Windenergieanlagen nicht in windschwache Gebiete.
- bei der Windkraft einen planerischen Vorsorgeabstand von 1.500 Metern zur Wohnbebauung, die Rückkehr zur Schwarz-Weiß-Planung im Landesplanungsgesetz sowie Ausschlusskriterien im zu überarbeitenden Landesentwicklungsplan nach rheinland-pfälzischem Vorbild anstreben.

- das Erneuerbare-Wärme-Gesetz Baden-Württemberg (EWärmeG) abschaffen. Es hat zu einem Sanierungsstau geführt. Weil der bürokratische Zwang zur umfangreichen Nutzung von erneuerbaren Energien den Umstieg auf einen effizienten Heizkessel unnötig verteuert, bleiben sinnvolle Modernisierungen aus.
- die Möglichkeit kommunaler Anschlusszwänge für leitungsgebundene Wärmeversorgung aus der Gemeindeordnung streichen. Die Kraft-Wärme-Kopplung bietet zwar in Verbindung mit Nah- und Fernwärmenetzen große Chancen. Sie muss sich aber durch Wirtschaftlichkeit durchsetzen und nicht durch Beseitigung jeglichen Wettbewerbs.
- Fördermittel des Landes auf die Forschung und Entwicklung von Energieeffizienz und Speichertechnologien konzentrieren, während sich der Ausbau erneuerbarer Energien nach Jahren der Subventionen nun Stück für Stück selbst tragen muss.
- die Interessen von Energieerzeugung, Anwohnern und Natur besser in Einklang bringen.
- den Ausbau der Nord-Süd-Stromtrassen beschleunigen und forcieren. Das Land Baden-Württemberg soll hier als Antriebsmotor handeln und in Kooperation mit anderen Bundesländern den schnellen Ausbau vorantreiben. Ebenso müssen die transnationalen Transportwege für Strom innerhalb der EU ausgebaut und verbessert werden. Das Land soll hier mit Bundesratsinitiativen Impulse in Richtung eines gesamteuropäischen Strommarktes setzen.

Mit freundlichen Grüßen



Hans Dieter Scheerer
Kreisvorsitzender